

Schriftliche Stellungnahme zur Öffentliche Anhörung des
Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des
Deutschen Bundestages zum Thema:

„Rohstoffe unter besonderer Berücksichtigung von E-Mobilität“,
am Mittwoch, dem 06. November 2019, von 10:00 bis 13:00 Uhr,
Themenblock 1 (Bestandsaufnahme)

Sachverständige
Johanna Sydow, Germanwatch e. V.,
sydow@germanwatch.org

Generelles Fazit von Germanwatch e. V.:

- Eine Verkehrswende vom verbrennungsgetriebenen Individualverkehr hin zu mehr Elektromobilität ist notwendig. Jedoch darf nicht jeder Verbrennungsmotor durch ein E-Mobil ersetzt werden. Die Anzahl der Autos muss halbiert und der Trend zu immer größeren Autos umgekehrt werden. Die Technik allein wird das Problem nicht lösen können.
- Die Nachfrage nach metallischen Rohstoffen muss auf globaler Ebene sozial gerecht und gelöst werden. Aktuelle Regelungsansätze reichen nicht aus, um die sozialen und ökologischen Risiken bei der Rohstoffbeschaffung signifikant einzudämmen. Durch die verstärkte Nachfrage nach spezifischen Rohstoffen wächst der Druck auf einzelne Regionen im globalen Süden, insbesondere auf die lokale Bevölkerung. Es ist wichtig, dass die deutsche Rohstoffpolitik nicht wie bisher dazu beiträgt, dass Abbauländer sich noch abhängiger vom Primärrohstoffexport machen, sondern die Chance bekommen eigene weiterverarbeitende Industrie aufzubauen.
- Die gesellschaftlichen Herausforderungen in Bezug auf die metallischen Rohstoffe darf nicht nur im Kontext derjenigen Rohstoffe behandelt werden, deren Nachfrage durch E-Mobilität extrem ansteigen wird. Die menschenrechtlichen und ökologischen Probleme im Bergbau existieren seit es Bergbau gibt. Deswegen ist es wichtig, für den gesamten Sektor Lösungen zu suchen und nicht nur, wie zum Beispiel die EU-Konfliktmineralienverordnung, auf einzelne Rohstoffe oder Risiken zu fokussieren. Das bedeutet, dass wir, bezogen auf die menschenrechtliche und umweltpolitische Frage, umfassende Sorgfaltspflichten für importierende und weiterverarbeitende Unternehmen brauchen.
- Umwelt- und Menschenrechtsaktivisten im Bergbausektor leben extrem gefährlich. 2018 gab es weltweit in diesem Sektor mit 43 Morden die meisten Morde an Umwelt- und Menschenrechtaktivisten. Der Schutz für sie muss ausgebaut werden.
- Die lokale Bevölkerung muss stärker in die Rohstoffgovernance einbezogen werden.
- Transparenz in Rohstofflieferketten ist essentiell, damit unter anderem Beschwerdemechanismen von lokaler Bevölkerung überhaupt genutzt werden können. Deutschland kommt hier mit einer der weltweit größten Kupferschmelzen eine besondere Verantwortung zu.

Verkehrswende nötig, doch technische Lösungen reichen nicht aus: Reduktion der Fahrzeuge und alternative Mobilitätskonzepte essentiell

Der Umstieg auf E-Mobilität hat Chancen, den CO₂-Ausstoß im Verkehr zu reduzieren und dadurch den Bedarf an fossilen Rohstoffen zu senken, was absolut notwendig ist. Gleichzeitig wird die Ausgestaltung dieses Umstieges unterschiedliche Auswirkungen auf die CO₂-Bilanz und den Gesamterfolg für Umwelt und Klima haben. Absolut zu verhindern ist es, dass jeder Verbrennungsmotor durch ein E-Mobil ersetzt wird. Wir brauchen eine massive Reduktion der Fahrzeuge auf den Straßen, wie auch eine Verkleinerung der Fahrzeuge, um den Rohstoffinput, wie in Konsequenz auch die Klimaemissionen geringer zu halten. Denn auch der Rohstoffabbau selbst trägt stark zum Klimawandel bei – allein der Abbau der sieben weltweit meistgenutzten Rohstoffe verursacht 7% der globalen Treibhausgasemissionen.ⁱ Hierfür muss unter anderem der öffentliche Nahverkehr massiv ausgebaut werden. Ebenso muss die Politik, zusätzlich zur steigenden Nachfrage nach metallischen Rohstoffen im Zuge der E-Mobilität, aber auch im Hinblick auf die Digitalisierung, sektorübergreifend Maßnahmen ergreifen, um unseren Rohstoffkonsum in absoluten Zahlen langfristig zu senken. Momentan steuert die aktuelle Rohstoffpolitik mit der Neuformulierung der Rohstoffstrategie in eine entgegengesetzte Richtung.

Die geringere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen ist nicht nur aus klimapolitischer Perspektive, sondern auch aus umweltpolitischer und menschenrechtlicher Perspektive sehr zu begrüßen.ⁱⁱ Ebenso zentral ist es jedoch, die sozialen und ökologischen Risiken im Kontext der Produktion metallischer Rohstoffe genauer ins Visier zu nehmen. In vielen Nachhaltigkeitsdebatten scheint dieser Aspekt ein bisher weitestgehend blinder Fleck zu sein. Während der Druck auf Erdölreserven, wie auch auf Platin durch eine globale Wende hin zur E-Mobilität geringer wird, steigt der Druck auf einige metallische Rohstoffe hingegen essentiell. Daher wird es umso wichtiger, die Nutzung und den Abbau von metallischen Rohstoffen besonders in den Blick zu nehmen.

Bestehende ökologische und menschenrechtliche Herausforderungen der Rohstoffgewinnung und mögliche Veränderungen durch E-Mobilität

Bereits jetzt verursacht der Bergbau massive Menschenrechts- und Umweltzerstörungen. Die Vereinten Nationen schätzen, dass mehr als 40 Prozent aller weltweiten Konflikte in den letzten 60 Jahren mit dem Abbau und Handel von Rohstoffen in Verbindung stehen.ⁱⁱⁱ Flüsse werden verschmutzt, Trinkwasserquellen vergiftet und Menschen ihrer Lebensgrundlagen beraubt.^{iv} Die zwei jüngsten Staudammbrüche in Mariana und Brumadinho in Brasilien mit mehreren hundert Toten und verseuchten Landstrichen sind Beispiele dafür, wie vielerorts wirtschaftliche Interessen vor Menschenleben gestellt werden und welche zentralen Schwachstellen auch deutsche Zertifizierungssysteme in diesem Kontext haben.^v An zahlreichen Orten der Welt gibt es Widerstand gegen Bergbauprojekte, da die lokale Bevölkerung ihren Lebensraum in Gefahr sieht.^{vi} Nicht selten kommt es in diesem Kontext zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. So gab es in Peru zum Zeitpunkt als Deutschland 2014 eine Rohstoffpartnerschaft mit Peru abschloss rund 100 lokale teils gewaltsame Konflikte, von denen der Großteil im Kontext von Bergbauprojekten stand.^{vii}

Ebenso war im letzten Jahr der Bergbau der gefährlichste Sektor, um gegen Maßnahmen Einspruch zu erheben. Laut eines Berichts von Global Witness sind 2018 weltweit mindestens 164 Umwelt- und Menschenrechtsaktivisten getötet worden, 43 davon im Bergbausektor.^{viii} Ohne mehr Schutz und Mitsprache lokaler Umwelt- und Menschenrechtsaktivisten besteht angesichts der aktuellen Entwicklungen die Gefahr, dass diese Zahlen weiter ansteigen. Denn der Druck auf die lokale Bevölkerung, sich ohne angemessene Berücksichtigung ihrer Lebensrealitäten und Lebensgrundlagen unter wirtschaftliche Interessen unterzuordnen, wird mit steigender Nachfrage nach metallischen Rohstoffen nicht geringer, sondern stärker werden. Dies zeigt das Beispiel Kupfer allein in Peru und Ecuador deutlich.

Kupfer mit besonderem Handlungsspielraum für Deutschland

Während in der öffentlichen Debatte bisher insbesondere Lithium und Kobalt im Fokus waren, ist nicht zu vergessen, dass viele Rohstoffe bereits jetzt stark nachgefragt werden und durch E-Mobilität die Nachfrage noch weiter ansteigen wird^{ix}. Deswegen möchte ich hier neben Lithium beispielhaft auch einen Schwerpunkt auf Kupfer legen. Kupfer ist aus deutscher Perspektive darüber hinaus besonders spannend, da wir mit Aurubis einer der größten Kupferschmelzen Europas beheimaten, die unter anderem Kupfer aus Chile und Peru, bald vielleicht auch aus Ecuador, bezieht. Leider legt die Schmelze bisher nicht offen, aus welchen Minen das Kupfer stammt, was es für betroffene lokale Bevölkerung besonders schwer macht, Hinweise bezüglich Menschenrechtsverletzungen an Abnehmer weiter zu geben.^x Ebenso erschwert diese Intransparenz es zum Beispiel der Automobilindustrie, wenn sie Kupfer aus dieser Schmelze bezieht, nachzuerfolgen unter welchen Bedingungen ihr Kupfer abgebaut wird. **Gemeinsamer Druck von der Automobilindustrie wie auch durch politische Gesetzgebung für mehr Transparenz und Offenlegung von Lieferketten wäre hier ein wichtiger erster Schritt zur Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen in Rohstofflieferketten der deutschen Automobilindustrie.**

Kupferabbau in Ecuador und Peru

Tendenziell könnte man davon ausgehen, dass die starke Nachfrage nach einzelnen Rohstoffen wie Lithium, Kupfer und Kobalt vorteilhaft für die Abbauländer sein könnte. Wenn man auf Kupfer zu sprechen kommt, wo der Bedarf durch E-Mobilität um ca. 22% gegenüber der heutigen weltweiten Produktion bei einem weltweiten Umstieg auf Elektromobilität bis ansteigt^{xi}, sieht man hingegen, dass dieser Anstieg eine große Gefahr birgt, massive lokalen Spannungen, Menschenrechtsverletzungen und Auseinandersetzungen zu intensivieren.

Kupfer ist kein „neuentdeckter“ Rohstoff und wird bereits jetzt in großen Mengen importiert. Die Kupfernachfrage wird durch E-Mobilität jedoch auch durch weitere Zukunftstechnologien stark ansteigen. Die Deutschen Rohstoffagentur errechnet alleine für Deutschland bis 2023 einen Anstieg des Kupferverbrauchs auf 764% des jetzigen Bedarfs für den Bereich Zukunftstechnologien, wozu auch Elektromobilität gezählt wird.^{xii}

Bei der Kupferproduktion ist die Verseuchung von Oberflächen- und Grundwasser, insbesondere durch saure Sickerwässer (Acid Mine Drainage) ein besonderes Gefahrenpotential für Mensch und Umwelt.^{xiii}

Peru - zweitgrößter Kupferexporteur mit massiven sozialen Konflikten im Kontext von Bergbau

Peru hat seine Wirtschaft seit vielen Jahren auf Bergbau ausgerichtet und in den letzten Jahren insbesondere die Kupferproduktion extrem ausgeweitet. Inzwischen ist Peru nach Chile der zweitgrößte Kupferproduzent weltweit.^{xiv} Um Investitionen anzuziehen, wurde die Umweltbehörde 2014 in ihren Kapazitäten eingeschränkt und die Sanktionsmöglichkeiten gegen Regelverstoß weiter gemindert, obwohl zu diesem Zeitpunkt die Umweltauswirkungen des Bergbaus einer der Hauptkonfliktpunkte im Kontext des Bergbaus waren.^{xv} Verschiedene Beispiele zeigen, dass der Staat die Förderung von Bergbau über seine Schutzpflicht stellt.^{xvi}

Viele Schlagzeilen hat in den letzten Jahren die Kupfermine Titaya unter der Führung von Glencore gemacht. Nachdem Studien der peruanischen Gesundheitsbehörde bei Menschen im Umfeld der Mine erhöhte Konzentrationen an Schwermetallen in Urin und Blut nachgewiesen haben,^{xvii} wurden nachfolgende Konflikte brutal niedergeschlagen, wobei drei Menschen ihr Leben verloren^{xviii}. Trotz Gerichtsverfahren gegen das Unternehmen in London, wie auch Aufforderungen der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte ist die peruanische Regierung weitgehend untätig geblieben.^{xix}

Dieses Beispiel sowie die Angaben der lokalen Ombudsbehörde (Defensoria del Pueblo) über 270 Tote und viele Verletzte im Kontext von sozialen Konflikten zum Großteil im Zusammenhang mit Bergbau, verdeutlichen das gewaltige Konfliktpotential des Bergbaus in Peru. Es zeigt sich, wie groß die Gefahr ist, dass ein Land, das sich vom Bergbau abhängig sieht, gegen das Interesse seiner eigenen Bevölkerung vorgeht, um Investitionen zu sichern. Wissenschaftler sprechen im Kontext von Peru von einem Subregionalen Ressourcenfluch.^{xx} Angesichts der massiven Proteste im Kontext von Bergbauoperationen hat die Regierung die Gesetzgebung so geändert, dass Protestler als Terroristen eingestuft werden und ohne strafrechtliche Konsequenzen auf Protestler geschossen werden darf.^{xxi} In den Medien auch als „License to kill“ gehandelt.^{xxii}

**Eine Verschärfung der Rohstoffabhängigkeit und fehlende effektive
Regelsetzung für Unternehmen kann fundamentale Risiken für die Sicherheit
und Stabilität eines Landes bedeuten.**

Ecuador - ein Beispiel für Vorstoß in immer vulnerablere Gebiete, weitere Zerstörung von Biodiversität und fehlende Selbstbestimmung

Ecuador, seit vielen Jahren Ölexporteur, hat in den letzten Jahren durch die niedrigen Ölpreise massive Einbußen erlebt. Traditionell war Ecuador kein Bergbauland. Eine der wenigen Regionen, in denen bereits seit vielen Jahren auf Grund der Kupfervorkommen ein Interesse von internationalen Unternehmen war, ist die Region Intag im Norden Ecuadors. Im Intagtal treffen zwei der 34 weltweit wichtigsten Biodiversitäts-Hotspots – die Tropischen Anden und der Tumbes-Chocó-Magdalena Hotspot – aufeinander.^{xxiii} Bereits in den frühen 1990er Jahren wollte die japanische Firma Bishimetals Kupfer in Intag fördern und um 2007 gab einen weiteren Versuch von einem kanadischen Unternehmen. Die in mehreren von der ecuadorianischen Regierung eingeforderten Studien beschriebenen Auswirkungen waren so

gravierend, dass ein Großteil der lokalen Bevölkerung sich gegen den Bergbau aussprach und sich die Unternehmen zurückzogen. Hierzu zählen das besonders hohe Risiko, dass durch extreme Regenfälle und die Grundwasserposition, das Grundwasser durch Acid Mine Drainage verseucht wird, sowie ein großes Risiko für Desertifikation und Zerstörung des seltenen Ökosystems.^{xxiv} Angesichts der hohen aktuellen Nachfrage nach Kupfer, hat das ecuadorianische Staatsunternehmen ENAMI in Kooperation mit dem staatlichen chilenischen Unternehmen Codelco verschiedene Versuche gestartet, erste Erkundungen durchzuführen. Erst mithilfe hunderter PolizistInnen konnte es sich Zugang zu dem Gebiet zu verschaffen.^{xxv} Zuvor wurde die Bevölkerung zwei Monate lang eingeschüchtert und Menschenrechte, wie das Recht auf Bewegungsfreiheit, missachtet und Dorfanführer unrechtmäßig festgenommen.^{xxvi}

Das Beispiel veranschaulicht, dass unsere wachsende Nachfrage nach metallischen Rohstoffen ohne verbindliche menschenrechtlichen und ökologischen Mindeststandards die Lebensgrundlage lokaler Bevölkerungen und auch seltene Ökosysteme gefährdet, sowie Spannungen zwischen Regierungen und lokaler Bevölkerung massiv verschärfen kann. Ebenso zeigt es, dass die steigende Nachfrage dazu führt, dass in Gebiete vorgedrungen wird, in denen der Rohstoffabbau mit immer größeren ökologischen Auswirkungen verbunden ist, um an die Rohstoffe zu kommen. Dies veranschaulicht ein von Wissenschaftlern beobachteter globaler Trend, dass die Umweltbelastung pro Tonne gefördertem Erz exponentiell zunimmt, weil Metallkonzentrationen in den noch nicht ausgebeuteten Lagerstätten weltweit abnehmen.^{xxvii}

Lithium

Lithium ist der metallische Rohstoff, der durch die E-Mobilität laut Prognosen am massivsten ansteigen wird. Bereits 2030 könnte vier Mal so viel Lithium in Elektroautos verbaut werden, wie heute jährlich weltweit abgebaut wird^{xxviii}. Ein Großteil des Lithiums (64 %) befindet sich in den Salzseen in Bolivien, Chile und Argentinien. Während diese Länder sehr unterschiedlich mit den Vorkommen umgehen, so bleibt in allen Fällen eine grundlegende Gefahr für das Grundwasser in einer der trockensten Regionen der Welt, in der sich das Grundwasser auf Grund der geringen Niederschlagsraten kaum erneuert.^{xxix} Gleichzeitig bedarf die Produktion des Lithiums großer Mengen an Wasser.^{xxx} Die daraus resultierende Wasserknappheit kann zu einer essentiellen Bedrohung lokaler Lebensgrundlagen und des Ökosystems werden.^{xxxi} Der Fall Boliviens kann aus deutscher Perspektive als besonders interessant eingestuft werden, da hier das deutsche mittelständische Unternehmen ASISA aus Baden-Württemberg involviert ist. Zusammen mit dem bolivianische Staatsunternehmen „Yacimientos de Litio Bolivianos“, kurz YLB genannt gründete das deutsche „ACI Systems Alemania GmbH“, ACISA im Dezember 2018 ein Joint Venture.^{xxxii}

Verschiedene Herausforderungen, lassen sich bisher hier festhalten. Während Wasserknappheit durch die Lithiumgewinnung die lokale Bevölkerung massiv betreffen wird, besteht keine Transparenz darüber, wie viel Wasser die Unternehmen nutzen werden. Die bisher gemachten Umweltverträglichkeitsstudien sind nicht öffentlich und für die lokale Bevölkerung sind die Auswirkungen somit nicht transparent gemacht worden^{xxxiii}. Ebenso sieht die lokale Bevölkerung, laut Aussagen Misereors, momentan nicht, dass ausreichende Anteile der Gewinne aus der

Produktion bei ihnen angekommen werden und genügend Arbeitsplätze geschaffen werden und ist daraufhin bereits in Hungerstreik gegangen. Ebenso befürchten lokale Akteure Einbußen in Tourismussektor.^{xxxiv}

ACISA überzeugte Boliviens Regierung anscheinend in einer Ausschreibung mit seinem Angebot, Lithium bis zur Batterieherstellung zu verarbeiten. Allerdings befürchten verschiedene lokale Akteure inzwischen, dass ACISA seine Ankündigung nicht wahr machen wird und erneut nur der Primärrohstoff exportiert werden wird.

ACISA verfolgt laut eigener Aussagen auch das Ziel, der deutschen Automobilindustrie Zugang zu Lithium zu verschaffen^{xxxv} und war mit dem Versprechen angetreten verantwortungsvoll vorzugehen. Das Vorhaben wird von der Bundesregierung flankiert. Die Bundesregierung sollte sich für folgende Punkte aussprechen und diese als Bedingungen an eine Unterstützung knüpfen:

- dass ASISA bei seiner Umwelt- und Sozialverträglichkeitsstudie alle vorangegangenen Wertschöpfungsschritte mitberücksichtigt, diese ambitioniert durchführt und seine Studienergebnisse transparent mit der lokalen Bevölkerung teilt.
- dass Joint Venture relevante Informationen an die lokale Bevölkerung weitergibt und mit ihnen in Kontakt tritt und die lokale Bevölkerung teilhaben lässt.
- dass die Ankündigung umgesetzt wird, Lithium bis zur Batterieherstellung zu verarbeiten, um Bolivien zu ermöglichen, aus der Abhängigkeit des Primärrohstoffexportes zu kommen und eigene Wertschöpfungsketten für eine eigene Industrie aufzubauen. Eine zukunftsfähige Rohstoffstrategie müsste dies auch beinhalten. In der Vergangenheit hat sie diesem Ziel jedoch entgegengewirkt.^{xxxvi}

Deutsche und europäische Rohstoffpolitik

Die deutsche und europäische Rohstoffpolitik hat in den letzten Jahren stark auf den Zugang zu Rohstoffmärkten und gegen Handelsverzerrungen gesetzt. Auf EU-Ebene wurde Handelspolitik verstärkt als Instrument zur Sicherung des Rohstoffzugangs genutzt. Dabei war es ein Ziel gegen Staaten zu klagen, die zum Beispiel Exportsteuern nutzen aus der oben beschriebenen Abhängigkeit von Primärrohstoffen durch eigene Industrie zu kommen.^{xxxvii} Mit diesen Maßnahmen behindert die europäische Politik, die stark von der deutschen Industrie und der deutschen Politik getrieben ist, die wirtschaftliche Entwicklung von Abbauländern und verschärft ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt. Am Beispiel Peru und Ecuador konnte gezeigt werden, welche massiven Herausforderungen für Umwelt, Entwicklung und Menschenrechte dadurch entstehen. Seit der letzten Rohstoffstrategie im Jahr 2010, sind die ökologischen und menschenrechtlichen Auswirkungen des Bergbaus immer mehr ins öffentliche Bewusstsein gelangt. Allerdings sind bisher politisch keine effektiven umfassenden Ansätze umgesetzt worden.

Aktuelle Prozesse und Regelungsansätze zur Minimierung menschenrechtlicher und ökologischer Risiken in Rohstofflieferketten

Bisher wird gegen die im Bergbau existierenden menschenrechtlichen und ökologischen Problemen nur sehr halbherzig vorgegangen. Insbesondere Risiken, die vor allem durch Großbergbau bestehen, werden bisher nur sehr geringfügig berücksichtigt.

Auf gesetzlicher Ebene gibt es die EU-Konfliktmineralienverordnung, die allerdings momentan nur Gold, Tantal, Wolfram und Zinn umfasst und auch nur, wenn sie aus Konfliktregionen kommen. Auch dann bezieht sich diese Verordnung, die ab 2021 in Kraft treten soll, nur auf einzelne Risiken, wie zum Beispiel die Finanzierung von bewaffneten Gruppen, die schlimmsten Formen von Kinderarbeit und gezwungene Prostitution. Bisher verpflichtet diese Regulierung auch nur Unternehmen die über hohen Schwellenmengen Rohstoffe in die EU importieren. Dadurch wird die Regulierung keine ausreichende Schlagkraft entwickeln können. Ebenso besteht die Gefahr, dass Regelverstößen nur unzureichend entgegengewirkt wird. Gleichfalls besteht das Risiko, dass das Mitwirken Dritter wie z.B. der lokalen Bevölkerung oder Nichtregierungsorganisationen in Europa stark erschwert wird indem Intransparenz über die unter die Verordnung fallenden Unternehmen besteht^{xxxviii}.

Bisher werden deutsche Unternehmen nicht gesetzlich verpflichtet ihre Lieferketten auf menschenrechtliche und ökologische Risiken zu überprüfen und Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Risiken entgegen zu wirken. Auch wenn die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte^{xxxix} eine deutliche Aufforderung sind, hat die Bundesregierung sich in ihrem Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte zunächst dafür entschieden Unternehmen nicht auf ihre menschenrechtliche Sorgfalt zu verpflichten. Das im Nationalen Aktionsplan vorgesehene Monitoring zur Feststellung, wie viele Unternehmen freiwillig ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachkommen, ist leider methodisch extrem verwässert worden und besitzt nun keinerlei Aussagekraft mehr über die tatsächliche Erfüllung durch die Unternehmen.^{xl} Zudem kritisiert selbst der UN-Sozialausschuss, dass es zu einer Regulierungslücke führen kann, wenn Deutschland nur dann gesetzliche Maßnahmen ergreifen will, wenn weniger als 50 Prozent der untersuchten Unternehmen Prozesse zur menschenrechtlichen Sorgfalt umsetzen.^{xli}

Länder wie Frankreich sind mit ihrem *Loi de Vigilance* im Bereich der Gesetzgebung zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht von Unternehmen bereits viel weitergegangen. Auch Großbritannien mit dem Modern Slavery Act und die Niederlande mit dem Gesetz gegen Kinderarbeit haben bereits gesetzliche Regelungen erlassen, auch wenn diese jeweils nur einen Teilbereich der Menschenrechte umfassen. Das Beispiel Großbritannien zeigt bereits, wie wichtig eine verbindliche Regelsetzung in diesem Kontext ist. So haben deutsche Supermärkte, die auch in Großbritannien Niederlassungen betreiben und damit unter den Modern Slavery Act fallen, im Bereich der Lieferkettenverantwortung in den letzten Jahren die Unternehmen überholt, die nicht unter diese Verpflichtung fallen. Die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen auch in Lieferketten deutscher Unternehmen, die in verschiedenen Berichten^{xlii} herausgearbeitet wurden, haben ähnlich wie in der Schweiz auch in Deutschland zu einem breiten Bündnis^{xliii} von bereits über 70 Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften geführt, die ein umfassendes Lieferkettengesetz fordern.

Neben den oben genannten Beispielen in Ecuador und Peru verdeutlichen unsere Erfahrungen aus Kolumbien, dass Sorgfaltspflichten, die nur auf einzelne Aspekte fokussieren, selbst wenn sie effektiv umgesetzt würden, nicht ausreichen. So wird von lokalen Akteuren in Kolumbien kritisiert, dass ein Fehlen ökologischer Anforderungen in der Sorgfaltspflichtengesetzgebung Umweltzerstörung legitimiert. Gleichzeitig kann der Fokus auf einzelne Aspekte dazu führen, dass artisanaler Bergbau gegenüber industriellem Bergbau benachteiligt wird. Dementsprechend ist in Deutschland eine klare Regelungslücke auszumachen.

Neben einer umfassenden Sorgfaltspflichtengesetzgebung, die menschenrechtliche wie auch ökologische Risiken berücksichtigt, ist es wichtig, vor Ort relevante Maßnahmen umzusetzen:

- Im Aktionsplan der EU-Kommission in Ergänzung zu der EU-Konfliktmineralienverordnung sind begleitende Maßnahmen vorgesehen worden. Die Bundesregierung sollte sich dafür stark machen, dass lokale zivilgesellschaftliche Initiativen sich hier auf ihrer Landessprache (mindestens Spanisch oder Französisch) einbringen können und eigene Projekte umsetzen können.
- Die begleitenden Maßnahmen sollten genutzt werden, um artisanale Bergleute zu fördern und ihnen eine Formalisierung zu ermöglichen, um Zugang zum legalen Markt zu bekommen.
- Programme sollten in Abbauländern zusammen mit importierenden Unternehmen etabliert werden, die versuchen, traditionelle und lokale Produzenten in die Lieferketten zu integrieren und sie unterstützen, sich zu formalisieren.
- Systeme sollen entwickelt werden, mit denen sichergestellt wird, dass die Zertifizierungskosten nicht von den artisanalen Bergleuten selbst getragen, sondern zwischen den Akteuren in der Lieferkette geteilt werden.

Privatwirtschaftliche Initiativen und freiwillige Standards

Bisher wurde die Verantwortung von Unternehmen für ihre Lieferketten fast ausschließlich freiwilligen Initiativen überlassen, die sich als Antwort auf die immer aufs Neue bekannt werdende Fälle von Umweltzerstörungen und Menschenrechtsverletzungen geformt haben. Insbesondere menschenrechtliche und ökologische Risiken, wie Zwangsvertreibungen, massive Umweltzerstörungen und Trinkwasserverschmutzungen unter anderem durch Acid Mine Drainage, die im industriellen Bergbau eingesetzt werden, unterliegen in Deutschland keiner gesetzlich verankerten Lieferkettenverantwortung.

Durch den Zusammenschluss verschiedener industrieller Akteure konnten Probleme in den Rohstofflieferketten gemeinsam angegangen werden, was von großem Vorteil sein kann. Allerdings weisen diese gravierende Schwachstellen auf. Unsere Studie „Governance of Minerals Supply Chains of Electronic Devices“^{xliv} aus dem Jahr 2018 zeigt, dass die untersuchten freiwilligen Initiativen erhebliche Mängel hinsichtlich einer transparenten Implementierung, der Beteiligung der lokalen Bevölkerung sowie in der gesamten Glaubwürdigkeit aufweisen. Demzufolge können sich weder Unternehmen der nachgelagerten Lieferkette noch eine interessierte Öffentlichkeit sicher sein, dass die von den Initiativen adressierten ökologischen,

menschenrechtlichen und sozialen Risiken auch tatsächlich durch die zertifizierten Unternehmen und Mitglieder beachtet werden.

Keine der in unserer Studie betrachteten Initiativen oder Leitlinien erfüllt die von uns entwickelten Kriterien bezüglich der Glaubwürdigkeit ausreichend. In mehreren Kategorien bleibt erheblicher Raum für Verbesserungen, so beispielsweise:

- Berücksichtigung externer und unabhängiger Meinungen wie insbesondere lokaler Gemeinden bei den Audits
- die Unabhängigkeit der Audits muss erhöht werden
- es braucht Sanktionierung bei Nicht-Umsetzung des *Corrective Action Plans*.
- der Veröffentlichung kompletter Audit-Berichte
- Beschwerdemechanismen für eventuelle Probleme im Zeitraum zwischen den Audits.

Der Blick auf die Schwächen der Überwachungsmechanismen verschiedener freiwilliger Richtlinien macht deutlich, dass die Zugehörigkeit (Mitgliedschaft oder Zertifizierung) zu diesen Initiativen alleine nicht als Nachweis dafür ausreicht, dass Rohstoffe ethisch verantwortungsvoll abgebaut wurden. Unternehmen müssen immer auch selbst Verantwortung für ihre Lieferketten übernehmen und können diese nicht alleine auf Industrieinitiativen auslagern. Sie müssen unter anderem immer wieder eigene Stichproben durchführen. Ebenso ist zu bedauern, dass die EU-Konfliktmineralienverordnung einen Großteil der Überprüfungsaufgabe an diese freiwilligen Initiativen ausgelagert hat.

Initiativen der Automobilbranche

Die Automobilindustrie hat in den letzten Jahren begonnen, eigene Standards auf den Weg zu bringen. Im europäischen Zusammenschluss der Automobilbranche Drive Sustainability^{xiv} hat sie eine umfassende Analyse über die Risiken im Bergbausektor gemacht. In ihrem gemeinsamen Supplier Standard geht sie jedoch bisher bei der Auditierung nicht über den 1-Tier hinaus.

Ein in Zusammenarbeit mit der Automobilindustrie entworfener neuer Standard in Bezug auf Kupfer ist der Copper Mark^{xvi}, der von der International Copper Association lanciert wurde. Leider ist das Ambitionsniveau für diesen Standard nicht ausreichend. Er orientiert sich nicht an den first in class und somit bleibt stark zu bezweifeln, welchen Mehrwert dieser Standard für den Sektor hat.

ⁱ OECD (2019): Global Material Resources Outlook to 2060 Economic drivers and environmental consequences. Highlights.

ⁱⁱ Friends of the Earth Europe (2019) Oil company Total faces historic legal action in France for human rights and environmental violations in Uganda <https://www.foei.org/news/total-legal-action-france-human-rights-environment-uganda>

ⁱⁱⁱ UNEP (2009): From Conflict to Peacebuilding. The Role of Natural Resources and the Environment, S.5, online: http://postconflict.unep.ch/publications/pcdmb_policy_01.pdf; CIDSE (2015): Für eine Sorgfaltspflicht in der Lieferkette, um die Finanzierung von Konflikten zu beenden, Mai 2015, <http://www.cidse.org/publications/business-and-human-rights/catholic-leaders-statement-on-conflict-minerals.html>.

^{iv} BGR (2016): "Human Rights Risks in Mining. A Baseline Study": https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Zusammenarbeit/TechnZusammenarbeit/Downloads/human_rights_risks_in_mining.html

^vZeit (26.1.2019) Hunderte Vermisste nach Dambruch. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-01/brasilien-dammbruch-schlammlawine-vermisste>

- Andreas Maus (16.10. 2019) Strafanzeige gegen TÜV-Süd-Manager. Tagesschau. <https://www.tagesschau.de/investigativ/monitor/dammbruch-brasilien-tuev-sued-anzeige-101.html>
- ^{vi} Ejolt (2016) <https://ejatlas.org/>
- ^{vii} Defensoria del pueblo (2014) <http://www.defensoria.gob.pe/modules/Downloads/conflictos/2014/Reporte-Mensual-de-Conflictos-Sociales-N-123-2014.pdf>
- ^{viii} Global Witness (2019) Enemies of the State? How governments and businesses silence land and environmental defenders, online: <https://www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/enemies-state/>
- ^{ix} BGR (2018): Rohstoffsituation in Deutschland 2017. Abrufbar unter: https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Min_rohstoffe/Downloads/rohsit-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=3
- ^x Müller. M (2017): Deutsche Kupferimporte: Menschenrechtsverletzungen, Unternehmensverantwortung und Transparenz entlang der Lieferketten. S. 14-24 GLOCON. Freie Universität Berlin https://www.land-conflicts.fu-berlin.de/_media_design/Policy-Paper-Reihe/glocon_policy_paper_1.pdf
- ^{xi} UBS Q-Series, <https://neo.ubs.com/shared/d1wkuDIEbYPjF/>, S.8
- ^{xii} BGR (2018): Rohstoffsituation in Deutschland 2017. Abrufbar unter: https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Min_rohstoffe/Downloads/rohsit-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=3
- ^{xiii} Ökoinstitut e.V, ifeu, Project Consult (2017) Erörterung ökologischer Grenzen der Primärrohstoffgewinnung und Entwicklung einer Methode zur Bewertung der ökologischen Rohstoffverfügbarkeit zur Weiterentwicklung des Kritikalitätskonzeptes (ÖkoRess I). Umweltbundesamt. S. 13-15, Online: https://www.ifeu.de/wp-content/uploads/UBA2017_Texte_87-2017_oekoress_standortbezogene_bewertung_1.pdf
- ^{xiv} Müller. M (2017): Deutsche Kupferimporte: Menschenrechtsverletzungen, Unternehmensverantwortung und Transparenz entlang der Lieferketten. GLOCON. Freie Universität Berlin https://www.land-conflicts.fu-berlin.de/_media_design/Policy-Paper-Reihe/glocon_policy_paper_1.pdf
- ^{xv} Für das Gesetzespaket, siehe: <http://www.actualidadambiental.pe/?p=23501>; kritische peruanische Stimmen dazu hier: <http://www.muqui.org/index.php/ultimas/6001-sociedad-civil-advierte-que-debilamiento-de-los-estandares-e-institucionalidad-ambiental-pondra-en-riesgo-el-medio-ambiente-y-generara-conflictos-sociales>
- ^{xvi} Müller. M (2017): Deutsche Kupferimporte: Menschenrechtsverletzungen, Unternehmensverantwortung und Transparenz entlang der Lieferketten. GLOCON. Freie Universität Berlin https://www.land-conflicts.fu-berlin.de/_media_design/Policy-Paper-Reihe/glocon_policy_paper_1.pdf
- ^{xvii} Siehe Fußnote davor
- ^{xviii} Multiwatch(2013):Hintergrundbericht:GLENCOREXSTRATAAmPrangerwegenKomplizenschaftbeiMisshandlungenu ndFolterungenineinemperuanischenBergbaucamp.S.2,16.Mai.http://www.multiwatch.ch/cm_data/Dossier_XstrataTinta_ya_Mai2013.pdf.Fuentes,G.(2013):GlencoreXstrataalsKomplizevonMenschenrechtsverbrechern.Amerika21,10.Juni.<https://amerika21.de/analyse/83166/glencore-estrada-menschenrecht?page=1>
- ^{xix} Servidini (2016): Contaminación en Espinar llega a la CIDH, 11. Spril <https://www.servindi.org/actualidad-noticias/11/04/2016/contaminacion-en-espinar-llego-la-cidh>
- Guhr et al (2017) Fragwürdige Unternehmenstätigkeiten des Schweizer Bergbauriesen Glencore und die Verantwortung deutscher Banken online: <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/publikation-fragwuerdige-unternehmenstaetigkeiten-glencore.pdf>
- ^{xx} Arellano-Yanguas, Javier (2011) Aggravating the resource curse: Decentralisation, mining and conflict in Peru. *Journal of Development Studies* 47 (4):617-638.
- ^{xxi} IDL_Seguridad Ciudadana (2014): <http://seguridadidl.org.pe/noticias/comisi%C3%B3n-interamericana-de-derechos-humanos-y-su-preocupaci%C3%B3n-por-la-ley-peruana-de>
- ^{xxii} Hill, David (25.6.2014) Peru now has a 'licence to kill' environmental protesters . *Guardian* <https://www.theguardian.com/environment/andes-to-the-amazon/2014/jun/29/peru-licence-to-kill-environmental-protestors>
- ^{xxiii} Kocian, M., Batker, D., Harrison-Cox, J., 2011. An Ecological Study of Ecuador's Intag Region: The Environmental Impacts and Potential Rewards of Mining. *Earth Economics*, Tacoma, WA.
- ^{xxiv} Japan International Cooperation Agency (JICA): MMAJ, 1996. Informe final sobre la exploración mineral de cooperación técnica en las áreas de Junín y Cuellaje, República del Ecuador, http://open_jicareport.jica.go.jp/pdf/11282761_01.pdf.
- Japan International Cooperation Agency (JICA): MMAJ, 1998. Informe final sobre la exploración mineral de cooperación técnica en el área de Imbaoeste, República del Ecuador. http://open_jicareport.jica.go.jp/pdf/11423563_01.pdf
- ^{xxv} El Comercio, 11.05.2014. La Policía controla cédulas a los campesinos de Intag, <https://www.elcomercio.com/actualidad/negocios/ingreso-de-tecnicos-resguardo-policial.html>
- ^{xxvi} Amnesty International, 2016. Jahresbericht Ecuador 2016. <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2016/ecuador>
- Fidh, 2015. Ecuador: Javier Ramírez is free at last! <https://www.fidh.org/en/impacts/16989-ecuador-javier-ramirez-is-free-at-last>
- CEDHU (Comisión Ecuémica de Derechos Humanos), 2019. Graves irregularidades detectadas por Contraloría General del Estado en proyectos de minería a gran escala LLurimagua (Intag-Cotacachi), <https://www.cedhu.org/noticias/boletines/150-graves-irregularidades-detectadas-por-contraloria-general-del-estado-en-proyectos-de-mineria-a-gran-escala-llurimagua-intag-cotacachi>
- ^{xxvii} Mudd, Gavin, (2009) The Sustainability of Mining in Australia: Key Production Trends and Their Environmental Implications for the Future. Research Report No RR5.
- ^{xxviii} Grohneweg, Merle; Weiss Laura (2018) Weniger Autos, mehr globale Gerechtigkeit Diesel, Benzin, Elektro: Die Antriebstechnik allein macht noch keine Verkehrswende online: <https://power-shift.de/weniger-autos-mehr-globale-gerechtigkeit/>
- ^{xxix} Brot für die Welt (2018) Das weiße Gold: Umwelt und Sozialkonflikte um den Zukunftrohstoff Lithium online: https://info.brot-fuer-die-welt.de/sites/default/files/blog-downloads/bfdw_analyse_lithium-broschuere_report.pdf
- ^{xxx} Brot für die Welt (2018) Das weiße Gold: Umwelt und Sozialkonflikte um den Zukunftrohstoff Lithium online: https://info.brot-fuer-die-welt.de/sites/default/files/blog-downloads/bfdw_analyse_lithium-broschuere_report.pdf
- Die genauen Zahlen variieren laut verschiedener Quellen.
- ^{xxxi} Brot für die Welt (2018) Das weiße Gold: Umwelt und Sozialkonflikte um den Zukunftrohstoff Lithium online: https://info.brot-fuer-die-welt.de/sites/default/files/blog-downloads/bfdw_analyse_lithium-broschuere_report.pdf

-
- ^{xxxii} Hübener, Karl-Ludolf (2019) Lithium in Bolivien Die Gier nach dem weißen Gold. DLF. https://www.deutschlandfunkkultur.de/lithium-in-bolivien-die-gier-nach-dem-weissen-gold.979.de.html?dram:article_id=461078
- ^{xxxiii} Brot für die Welt (2018) Das weiße Gold: Umwelt und Sozialkonflikte um den Zukunftrohstoff Lithium online: https://info.brot-fuer-die-welt.de/sites/default/files/blog-downloads/bfdw_analyse_lithium-broschuere_report.pdf
- ^{xxxiv} Interview mit Constantin Bittner Berater für Bergbau und Entwicklung bei Misereor am 30. 10.2019
- ^{xxxv} Brot für die Welt (2018) Das weiße Gold: Umwelt und Sozialkonflikte um den Zukunftrohstoff Lithium, S. 25 online: https://info.brot-fuer-die-welt.de/sites/default/files/blog-downloads/bfdw_analyse_lithium-broschuere_report.pdf
- ^{xxxvi} Sydow, Johanna; Fuhr, Lilli (2011) Analysis of the EU Raw Materials Initiative. Heinrich-Böll Foundation. <https://www.boell.de/en/ecology/resource-governance-analysis-of-the-eu-raw-materials-initiative-11124.html>
- ^{xxxvii} Sydow, Johanna; Fuhr, Lilli (2011) Analysis of the EU Raw Materials Initiative. Heinrich-Böll Foundation. <https://www.boell.de/en/ecology/resource-governance-analysis-of-the-eu-raw-materials-initiative-11124.html>
- ^{xxxviii} Hübener, Karl-Ludolf (2019) Lithium in Bolivien Die Gier nach dem weißen Gold. DLF. https://www.deutschlandfunkkultur.de/lithium-in-bolivien-die-gier-nach-dem-weissen-gold.979.de.html?dram:article_id=461078
- Interview mit Constantin Bittner Berater für Bergbau und Entwicklung bei Misereor am 30. 10.2019
- ^{xxxix} UN (2014) UN –Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte online: https://www.globalcompact.de/wAssets/docs/Menschenrechte/Publikationen/leitprinzipien_fuer_wirtschaft_und_menschenrechte.pdf
- ^{xl} CorA, DGB, Forum Menschenrechte u. Venro (2019) Stellungnahme zum NAP-Monitoring. Online: <https://www.germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/Stellungnahme%20des%20ersten%20Monitoring%20Zwischenberichts.pdf>
- ^{xli} Committee on Economic, Social and Cultural Rights (CESCR) (UN Ausschuss über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte) 2018: Abschließende Bemerkungen zum sechsten Staatenbericht Deutschlands des Ausschusses über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen vom 12. Oktober 2018, E/C.12/DEU/CO/6: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/ICESCR/icescr_Staatenbericht_6_CoObs_BMAS_de.pdf
- ^{xlii} Heydenreich, Cornelia; Paasch, Armin (2017) Bericht 2017: Globale Energiewirtschaft und Menschenrechte. Germanwatch, Misereor. <https://www.germanwatch.org/de/13958>
- Heydenreich, Cornelia; Paasch, Armin, Kusch, Johanna (2014) Bericht 2014: Globales Wirtschaften und Menschenrechte <https://www.germanwatch.org/de/8225>
- Weitere Fallbeispiele auf: <https://lieferkettengesetz.de/fallbeispiele/>
- ^{xliii} <https://lieferkettengesetz.de/>
- ^{xliiv} Sydow, Johanna; Reichwein Antonia (2018) Governance of Minerals Supply Chains of Electronic Devices: Discussion of Mandatory and Voluntary Approaches in Regard to Coverage, Transparency and Credibility. Germanwatch. Online: <https://www.germanwatch.org/de/15504-0>
- ^{xliv} <https://drivesustainability.org/>
- ^{xlvi} <https://coppermark.org/>